südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

EDITORIALS,
Autor*in: Pasuhuk, Anke Timmann, Keller, Matheis, Hornbacher und Wicke

Editorial südostasien 1/2020: „What do we want? Climate justice!“

Überschwemmung im Norden der indonesischen Hauptstadt Jakarta © Syarifah Aini Dalimunthe

In Südostasien finden sich sowohl Hauptverursacher von klimaschädlichen Emissionen als auch Hauptbetroffene von den Folgen des Klimawandels. Im *Climate Change Performance Index*, herausgegeben von *Germanwatch, NewClimate Institute* und *Climate Action Network* (CAN), der die Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels der Staaten auflistet, die zusammen 90% der Treibhausgasemissionen verursachen, rangieren Indonesien und Thailand bei *low*, Malaysia sogar bei *very low*. Die Ursache: Ein Wachstums- und Entwicklungsparadigma auf der Basis fossiler Brennstoffe, wodurch ein steigender Energieverbrauch zu immer höheren Emissionen führt, während vergleichsweise wenige Ressourcen in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden. Vor allem Malaysia wird von den Autor*innen der Studie kritisiert: Das Land habe keinerlei Verbesserungen im Bereich erneuerbare Energien vorgenommen, die erforderlich wären, um auf einen deutlichen unter-2-Grad-Celsius-Kurs zu kommen, heißt es in der Studie.

Zugleich ist Südostasien mit langen Küstenlinien und bevölkerungsreichen Städten in niedrigen Lagen bereits jetzt stark von den Folgen des Klimawandels betroffen. Waldbrände, Überschwemmungen, Dürreperioden und Ernteausfälle nehmen zu. Die Artenvielfalt schwindet. All das wirkt sich dramatisch auf die Lebensbedingungen der Menschen und auf landwirtschaftliche Erträge aus.

Zwar zählen die Philippinen und Vietnam zu den Mitgliedern des *Climate Vulnerable Forum* (CVF), einer Partnerschaft von 48 Ländern des Globalen Südens, die zur Verankerung der 1,5-Grad-Celsius-Schwelle im Pariser Abkommen und zur Beauftragung der IPCC-Sonderberichte aufgerufen hat. Doch nach wie vor zeigen südostasiatische Staaten wenig Einsicht und nehmen nur bedingt Einfluss in den internationalen Klimaverhandlungen, wie **Denise Margaret Matias** und **Danica Marie Supnet** in ihrem Artikel kritisieren.

Wer hat die Deutungshoheit über Ursachen und Folgen des Klimawandels, der zu einem bedeutenden Teil auf das westlich-kapitalistische Wachstumsparadigma zurückgeht? Welche Rechte haben Länder des globalen Südens, etwa in Südostasien, an klimaschädlichen technischen Entwicklungen teilzuhaben, die Länder im Westen selbstverständlich für sich in Anspruch genommen haben? Wer hat die entsprechenden Mittel für Forschung und Publikation? Wer setzt die Agenda?

Zwar wirke sich der Klimawandel finanziell in wirtschaftsstarken Ländern drastischer aus. Todesfälle und existenzielle Bedrohungen durch Extremwetter jedoch seien in einkommensschwachen Ländern weitaus wahrscheinlicher, schreibt **Christina Grein** in ihrem Beitrag zu Myanmar. Gleichzeitig fehlen sowohl auf staatlicher als auch auf individueller Ebene häufig die nötigen Ressourcen, um Folgeschäden des Klimawandels zu kompensieren und sich nach Extremwetterereignissen zu erholen. An Klimabudgets und technischer Unterstützung für die Länder des Globalen Südens fehlt es – trotz aller Appelle – nach wie vor.

Machtverhältnisse drücken sich auch in Sprache aus. Wer spricht mit wem und in welcher Form über den Klimawandel? Ist die Rede von Klimawandel oder Klimakrise oder Klimagerechtigkeit? Wird bei der Ursachenforschung zur Veranschaulichung von Emissionen der Ausstoß von Ländern in absoluten Werten oder pro Kopf ihrer Bevölkerung verglichen und welche Bilder werden damit erzeugt? 2015 befand sich Indonesien beispielsweise in absoluten Zahlen auf Platz 8 der Länder mit den höchsten Treibhausgasemissionen. Betrachten wir hingegen die Pro-Kopf-Emissionen, lag das Land auf Rang 106 (*Emissions Database for Global Atmospheric Research*)."

Julia Behrens fordert in ihrem Artikel eine Dekolonisierung des Klimaregimes. Am Beispiel von Vietnam beschreibt sie die Zwangslage eines Landes, das weniger als ein Prozent zu den globalen Emissionen beiträgt, von den Folgen, wie Überschwemmungen und Dürre-Katastrophen, jedoch schon jetzt stark betroffen ist. Aus der Binnenperspektive wiederum sind es, wie andernorts in Südostasien auch, die Ärmsten, die der Klimawandel am stärksten trifft. Doch noch immer wird die Debatte über die Klimakrise weitestgehend an ihnen vorbei geführt, wie auch **Syarifah Aini Dalimunthe** am Beispiel Indonesien zeigt. Sie fordert einen Paradigmenwechsel in der Kommunikation. Informationskampagnen der Regierung zu Ursachen des Klimawandels, seinen Folgen und nötigen Anpassungsmaßnahmen würden bislang in Eliten-Sprache geführt und erreichten vor allem die städtische Bevölkerung. Ein Austausch zwischen (Dorf)-Gemeinschaften über die gemeinsamen Herausforderungen und eine diesbezügliche Zusammenarbeit finde so gut wie nicht statt.

Die Zerstörung von Regenwäldern und Torfmooren – beides äußerst wichtige CO2-Speicher – ist der Grund, warum Indonesien unter den größten Treibhausgasemittenten weltweit rangiert. Helena Varkkey erläutert im Interview mit **Janis Wicke**, welche verheerenden Kettenreaktionen durch das

Trockenlegen von Torfmooren zur Nutzung für Plantagen ausgelöst werden.

In Südostasien, wie in vielen anderen Teilen der Welt, ist es die herrschende Wachstumsdoktrin, in Form von industrialisierter Landwirtschaft, Bergbau und Infrastruktur-Megaprojekten, die die Klimakrise verursacht hat und sie weiter verschärft. In Indonesien kursiert – trotz ehrgeiziger Klimaziele – gerade ein Gesetzentwurf, der Investitionen erleichtern und Umweltauflagen verringern soll. **Hans Nicholas Jong** beschreibt,